

David Gallusser
Lukas Horrер
Lorenz Keller
Jon Pult
Severin Toberer

Schaffen wir mehr Demokratie!

**Warum und wie die SP um die Deutungshoheit
kämpfen muss**

Mit Nachworten von Jacqueline Fehr und Cédric Wermuth

Über die Autoren

*David Gallusser (*1984)* leitet die 1:12-Kampagne der JUSO und studiert Politik, Wirtschaft und Philosophie in Zürich.

Kontakt: david.gallusser@bluewin.ch

*Lukas Horrer (*1991)* präsidiert die JUSO Graubünden und beginnt nach einer Lehre als Bankkaufmann ein Wirtschaftsstudium.

Kontakt: lukas.horror@bluewin.ch

*Lorenz Keller (*1980)* ist SP-Basismitglied in Zürich und arbeitet in der PR-Abteilung eines Energiekonzerns.

Kontakt: lorenzkeller@me.com

*Jon Pult (*1984)* ist Bündner Grossrat, Präsident der SP Graubünden und schliesst gerade sein Geschichtsstudium ab.

Kontakt: jon.pult@access.uzh.ch

*Severin Toberer (*1983)* arbeitet auf dem SP-Zentralsekretariat. Er hat Politik studiert und während dieser Zeit in Winterthur zur SP gefunden.

Kontakt: severin.toberer@me.com

Ein grosses Merci allen, die unseren Entwurf gelesen und kritisiert haben!

Kathrin Balmer, Felix Birchler, Maja Buri, Thomas Christen, Michael Etzensperger, Jacqueline Fehr, Martin Gallusser, Christian Gorges, Andrea Hämmerle, Stefan Hostettler, Stefan Howald, Michael Kraft, Stefan Krattiger, Angelo Maiolino, Mattea Meyer, Peter Lauener, Heinz Looser, Christian Müller, Sascha Müller, Eleonora Quadri, Line Rennwald, Heinz Schmitz, Christian Toberer, Marco Toscano, Cédric Wermuth, Emanuel Wyler und Adrian Zimmermann.

Juli 2010

Vorwort

Warum wollen wir etwas sagen?

Wir verstehen uns als Teil einer Generation junger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Neben unserem Alter ist uns gemeinsam, dass wir für einen neuen politischen Aufbruch kämpfen. Dafür wollen wir ein politisches Projekt entwickeln, das bei den grundsätzlichen Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens ansetzt und sich nicht mit der Verwaltung des heutigen Zustands begnügt. Darum wollen wir die SP mitprägen. Damit sie den Mut zum Aufbruch hat und sich so aufstellt, dass sie erfolgreich für ein neues sozialdemokratisches Projekt kämpfen kann.

Politik ist für uns ein Kampf um die Deutungshoheit. Ein Kampf darum, welche Fragen und welche Antworten überhaupt denkbar sind, wenn es darum geht, unsere Gesellschaft zu erklären und zu gestalten. Diese Deutungshoheit müssen wir erobern. Es ist heute für die allermeisten Schweizerinnen und Schweizer undenkbar, dass wir unsere Gesellschaft wirklich verändern und nach anderen Grundsätzen organisieren können als denjenigen, die heute scheinbar Gültigkeit haben. Für die allermeisten scheint klar: Jeder ist auf einem Markt, auf dem wir alle Konkurrenten sind, «seines eigenen Glückes Schmied». Anders geht es nicht.

Dabei ist alles möglich. Das haben die Vorfahren und Vorgänger der heutigen Sozialdemokratie bewiesen. Die französischen Revolutionärinnen und Revolutionäre von 1789. Die Gründerinnen und Gründer des Schweizer Bundesstaats von 1848. Die Arbeiterinnen und Arbeiter im Landestreik von 1918. Die Kämpferinnen für das Frauenstimmrecht. Die Bewegten für ein selbstbestimmtes Leben von 1968 und 1980. Sie alle waren überzeugt, dass es auch anders geht. Und sie hatten eine Vorstellung, was dieses andere sein könnte.

Heute fehlt der SP ein solcher Gegenentwurf. Eine Idee, die so klug wie verständlich ist. Und die den Leuten auch eine politische Heimat gibt, ihre Hoffnungen weckt und ihre Leidenschaften entfacht.

Wir wollen eine solche Idee entwickeln. Unser Ansatz: Die SP wird die Partei für mehr Demokratie. Mit ihr wollen wir endlich das grosse demokratische Versprechen nach Freiheit und Gleichheit einlösen. Gemeinsam mit allen, die unter den jetzigen Rahmenbedingungen den Kürzeren ziehen oder die bestehenden Unfreiheiten und Ungleichheiten ablehnen. Gegen all diejenigen, die sich an die jetzigen Rahmenbedingungen klammern und so ihre Privilegien verteidigen. Wir wollen die Burg stürmen!

In und mit diesem Papier versuchen wir, unsere Ansichten und Vorschläge zu erklären. Und zwar so, dass man sie auch versteht. Möglichst ohne Politikersprache und Hochschulbegriffe. Denn es richtet sich wirklich an alle, die sich in den sozialdemokratischen Werten der Freiheit, der Gleichheit und der gemeinsamen Verantwortung wiedererkennen – egal ob SP-Mitglied oder nicht, ob bereits irgendwo engagiert oder nicht, ob berufstätig oder nicht, ob jung oder alt. Mit Euch allen wollen wir unsere Ansichten und Vorschläge diskutieren, korrigieren und weiterentwickeln. Mit Euch allen wollen wir den neuen Aufbruch für mehr Demokratie wagen.

Inhalt

Die anderen geben den Ton an	5
Der Deutungsrahmen der SVP prägt die Schweizer Politik	6
Die Deutungshoheit der Marktradikalen	7
Das Schweigen der SP	9
Holen wir uns die Deutungshoheit!	13
Eine andere Gesellschaft ist möglich	14
Die Partei für mehr Demokratie	14
Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte	15
Alte und neue Gegensätze	16
Die Werte der Demokratie	17
10 Schritte der SP hin zu mehr Demokratie	19
1. Wir kämpfen mit unserem Projekt um die Deutungshoheit	20
2. Wir gehen raus zu den Leuten	20
3. Wir öffnen die Partei	21
4. Wir entwickeln eine neue Sprache	22
5. Wir haben den Mut zur langfristigen Strategie	24
6. Wir wagen mehr Demokratie in der Partei	25
7. Wir bilden unsere Mitglieder und Verbündeten	26
8. Wir schaffen Denkwerkstätten	27
9. Wir machen gemeinsam Kampagnenarbeit	29
10. Wir denken und handeln über die Schweizer Grenzen hinaus	30
Und jetzt?	33
Nachwort von Jacqueline Fehr	34
Nachwort von Cédric Wermuth	35
Zum Weiterlesen	36

Die anderen geben den Ton an

Der Deutungsrahmen der SVP prägt die Schweizer Politik

Während der letzten zehn Jahre haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Kantonsparlamenten ein Viertel unserer Sitze verloren. Im gleichen Zeitraum gewannen wir im Nationalrat 2003 einen Sitz und stürzten 2007 ab. Erfolge bei Exekutivwahlen hin oder her, wir stehen schlecht da.

Einen Hauptgrund dafür sehen wir darin, dass es die SVP geschafft hat, die Schweizer Politik in ihrem Sinn zu prägen. Die Faustregel, mit der sie jedes politische Problem deutet, kennen wir alle: Die Schweizerinnen und Schweizer werden in ihrer Freiheit durch die Ausländer, die EU und die «Classe politique» bedroht. Von der Arbeitslosigkeit bis zu den Streitereien auf dem Schulhausplatz lassen sich alle Probleme mit dieser SVP-Faustregel erklären. Die SVP hat diesen Deutungsrahmen nicht nur in der eigenen Partei durchgesetzt. Er gibt heute fast der ganzen Schweizer Politik vor, welche Fragen sich der Politik stellen und welche Antworten auf diese Fragen überhaupt denkbar sind. Das ist eine politische Meisterleistung. Wir müssen sie verstehen und anerkennen. Unabhängig davon, dass wir die Inhalte der SVP-Politik zutiefst ablehnen.

Wie hat es die SVP geschafft, dass ihr Deutungsrahmen so mächtig wurde? Erstens sind die SVP und die mit ihr verbündeten Organisationen wie die AUNS in den letzten Jahrzehnten dorthin gegangen, wo die Leute sich ihre politische Meinung bilden. An die Stamm-, Familien-, Büro- und Vereinstische. Aber auch im Bauern- und Gewerbeverband und sogar in den Lehrerzimmern waren sie präsent. Sie haben den Leuten zugehört, ihren Ängsten nachgespürt, sich engagiert und sich Gehör verschafft. Sie sind heute tief verwurzelt in der Gesellschaft. Sie schaffen es, Arbeiterinnen, Gewerbler, Grossunternehmer, Bäuerinnen und noch viele mehr unter ein politisches Dach zu bringen, obwohl diese Gruppen völlig verschiedene wirtschaftliche Interessen haben.

Zweitens beherrscht die SVP mit ihren teuren, aber nicht minder durchdachten Kampagnen die Berichterstattung der Medien. Sie versteht es, ihre Themen so zu lancieren, dass die Journalistinnen und Journalisten sie aufgreifen. Egal, ob sie das dann zustimmend oder ablehnend tun: Sie übernehmen und bestärken mit ihrer Berichterstattung den Deutungsrahmen der SVP.

Als Folge davon politisieren heute fast alle entlang eines Konflikts der Schweizer gegen Ausländer, EU und Classe politique. Zum Beispiel hat

die SVP das Minarett zu einem Symbol aller Ängste im Zusammenhang mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen gemacht und mit ihm eine Grenze markiert zwischen aufrichtigen Schweizerinnen und Schweizern mit der SVP auf der einen Seite – und den Feinden der Schweiz, in diesem Fall die Muslime und alle anderen Parteien, auf der anderen.

Mit ihrem Deutungsrahmen machte die SVP Ausländer-, Europa- und Anti-Staats-Fragen zu den Hauptfragen der Politik. Die Fragen der SP und aller anderen verdrängt sie aus der Diskussion. So wurde die Minarettfrage wichtiger als die Frage, warum Investmentbanker mit ihren Spekulationen über Nacht tausende Arbeitsplätze gefährden und dafür noch irrwitzige Boni erhalten. Oder ein schärferes Ausländergesetz wurde wichtiger als Gesetze für gerechte Löhne.

Wegen des vorherrschenden Deutungsrahmens der SVP denken die Leute beim Stichwort «SP» als Erstes an «die naiven Gutmenschen, die alle Ausländer in die Schweiz lassen und die viel Geld ausgeben, das nicht ihnen gehört» und nicht an «die Einzigen, die für das Volk und gegen die Abzocker kämpfen».

Wenn die SVP mit ihrem Deutungsrahmen die Politik prägt, verlieren wir, verliert die SP die Wahlen. Vor allem aber verlieren unsere Ideen ihre Verankerung in der Mitte der Gesellschaft. Und die SVP gewinnt Wahlen und Abstimmungen, weil sie dank ihrem Deutungsrahmen die Mitte der Schweiz nach rechts rückt. Das zeigt sich, wenn Christophe Darbelay ein Verbot jüdischer Friedhöfe fordert. Wenn der SP Parteiengenzänk vorgeworfen wird, weil sie nicht bereit ist, die UBS ein weiteres Mal ohne Auflagen zu retten. Wenn SP-Politikerinnen und -Politiker die SVP beim Jugendstrafrecht rechts überholen oder in jugendlichen Killerspielen potenzielle Gewalttäter sehen wollen.

Die Deutungshoheit der Marktradikalen

Was Politik überhaupt soll und kann, gibt aber nicht nur die SVP vor. Diese Macht geht im Kern von den so genannten neoliberalen Ideen aus. Die Anhängerinnen und Anhänger dieser Weltsicht, die Marktradikalen, haben sie gezielt verbreitet – mit der finanzkräftigen Unterstützung der Abzocker, der Grosskonzerne und des Wirtschaftsfilzes. Also mit Hilfe der Profiteure einer Gesellschaft, die nach diesen Ideen funktioniert. Sie ha-

ben in den letzten Jahrzehnten das Menschenbild in unserer Gesellschaft und damit auch das Handeln im Beruflichen, Politischen und Privaten verändert. Was sind diese neoliberalen Ideen?

Sehr viele Leute halten es heute für die Natur des Menschen, dass dieser zuerst auf sich selber schaut und egoistisch das Maximum für sich herausholen will. Andere Leute sind dabei in erster Linie Konkurrentinnen und Konkurrenten. Es ist für viele selbstverständlich, dass jeder seines eigenen Glückes Schmied ist. Dass, unabhängig von den Voraussetzungen, unser Schicksal ganz in unserer «Eigenverantwortung» liegt.

Oft glauben die Leute darum auch, dass sie und die ganze Gesellschaft am besten fahren, wenn möglichst viel einem «freien Markt» überlassen wird. Denn dieser organisiert die Gesellschaft am «effizientesten». Die Politik und mit ihr der demokratische Staat sollten ja nicht zu viel regieren und regulieren, sondern nur das Privateigentum sichern und die Rahmenordnung für das freie Spiel der Marktkräfte garantieren. Denn in der egoistischen Logik der Marktradikalen ist jemand selber schuld, wenn er zu wenig verdient, um die Krankenkassenprämien zu bezahlen. Oder wenn seine Arbeit nur noch in Asien verrichtet wird. Ebenso ist es im «freien Markt» normal, wenn Konzerne die Löhne drücken und ihre Produktion in Länder mit weniger Arbeitnehmerrechten verlegen, damit ihr Profit und vor allem ihr Wert an der Börse steigt. Weiter sollten die Bürgerinnen und Bürger ihren demokratisch kontrollierten Service public zusammenstreichen. Und stattdessen Handynetze, die Stromversorgung, öffentlichen Verkehr, die Post und vielleicht bald schon auch die innere Sicherheit privaten Konzernen anvertrauen. Das sei effizienter und darum auch notwendig, meinen die Marktradikalen.

Sie haben es geschafft, Mittel und Zwecke auf den Kopf zu stellen. Heute versteht man den Markt nicht einfach als Mittel zum Zweck der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, sondern als oberstes Ordnungsprinzip unserer Gesellschaft. Und wirtschaftliche Effizienz wird zum eigentlichen Ziel des Menschseins. Von der Kleinkinderbetreuung über Bildungsentscheide bis zur Familienplanung. Wir werden stetig dazu angehalten, unser Leben auf die eigene Verwertbarkeit auf «dem Markt» abzustimmen.

Die Marktradikalen setzen das alles nicht mit Zwang durch. Die Leute lassen sich von «Experten» in Fernsehsendungen, Lehrern im Wirtschaftsunterricht oder von Journalistinnen in Leitartikeln einreden, dass jeder Einzelne mehr vom Kuchen bekommt, wenn sich alle im Sinne der Märkte

verhalten. Und dabei den Reichsten und Dreistesten die Bäckerei überlassen. Auch dann, wenn diese sich so viel von unserem Kuchen abschneiden, wie sie wollen. Die Leute lassen sich darauf ein, weil die Marktradikalen ihnen ein falsches Versprechen machen: die Freiheit, auch selber in jeder Hinsicht tun zu können, was immer sie wollen.

Doch dieses neoliberale Freiheitsversprechen entpuppt sich bei genauerem Hinschauen als Basis für das Recht des Stärkeren. Und der Preis dafür, sich auf die Logik der Marktradikalen einzulassen, ist die pausenlose Angst davor, jederzeit zur Verliererin oder zum Verlierer in diesem grossen Marktroulette zu werden und somit den Platz in der Gesellschaft zu verlieren. Oder, als junger Mensch, gar nie einen zu bekommen. Die Leute kontrollieren sich folglich die ganze Zeit selber, dass sie ja ganz und gar nach den Regeln des Spiels leben und sie dazu im Zweifelsfall sogar verteidigen.

Doch mit diesem Rezept backt die Gesellschaft für die Mehrheit keinen grösseren oder gar besseren Kuchen. Stattdessen wird damit möglich, dass Abzocker und Grosskonzerne ein immer grösseres Stück für sich abschneiden.

Die Marktradikalen haben die Leute überzeugt, dass das der einzige Weg sei, der funktioniert. Die Frage, ob die Leute vielleicht gemeinsam einen grösseren Kuchen backen und die Stücke fairer verteilen könnten, wenn die Bäckerei allen gehörte, ist im wahrsten Sinne des Wortes undenkbar geworden. Wer sie nur schon stellt, gilt als Ideologin von vorgestern oder als naiver Träumer. Eindrücklich zeigten das die Reaktionen auf den Entwurf des neuen SP-Parteiprogramms.

Das Schweigen der SP

Deutungshoheit ist die Macht zu bestimmen, was dem «gesunden Menschenverstand» entspricht. Dass die eigene Idee, wie die Gesellschaft funktioniert und deshalb gestaltet werden kann, im Sinne aller ist. Auch wenn das im Fall der neoliberalen Deutungshoheit bedeutet, dass eine grosse Mehrheit gegenüber einer kleinen Minderheit den Kürzeren zieht. Die Marktradikalen haben es geschafft. Sie haben diese Macht.

Wir müssen feststellen, dass sie teilweise auch uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überzeugt haben. Wir denken und handeln in und mit der SP auch immer mehr so. Immer wieder stützen auch wir

unterdessen die Deutungshoheit der Marktradikalen. Obwohl sie der Idee der Sozialdemokratie zutiefst widerspricht: Dass wir eine Gesellschaft schaffen können, in der alle einen festen Platz als Freie und Gleiche haben.

Wie bei allen anderen Leuten hat sich das Weltbild auf leisen Sohlen auch in unser Denken eingeschlichen. Wir beschränken uns zunehmend auf das Ordnen und Verwalten innerhalb des Rahmens, den die Marktradikalen vorgeben. So reden wir zwar im Parlament zu allem und jedem mit und leisten fundierte Sachpolitik. Doch wir streiten nicht um den Rahmen an sich. Wir streiten nicht darüber, wie wir die Gesellschaft grundsätzlich gestalten wollen. Auch diejenigen unter uns, die das Bekenntnis zur kapitalistischen Marktordnung des «Dritten Wegs» und des «Gurtenmanifests» immer abgelehnt haben, müssen zugeben, dass sie keine Strategie für eine eigene Deutungshoheit und somit für eine andere Rahmenordnung haben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben keinen Gesellschaftsentwurf, mit dem wir auf den Punkt bringen können, wofür wir stehen. Der die Leute zusammenbringt und mit dem wir eine grundsätzliche Zuversicht und Zugehörigkeit schaffen, wenn wir über Politik reden. Wir haben die Deutungshoheit den Marktradikalen überlassen.

Und wir haben uns zurückgezogen. Die SP und uns nahe stehende Organisationen wie die Gewerkschaften fehlen immer mehr dort, wo die Leute über Hoffnungen und Ängste diskutieren. In den Beizen, den Betriebskantinen, den Fussball-Klublokalen, am Quartierfest und so weiter. Wir machen unsere Politik fast nur in Sitzungszimmern und Ratssälen. Wir haben unsere Glaubwürdigkeit in grossen Teilen der Gesellschaft verloren.

Diese Lücke hat jetzt eben die SVP besetzt. Indem sie mit ihrem Deutungsrahmen die Einheit der «echten» Schweizerinnen und Schweizer gegen die Gefahren von aussen betont oder die Sehnsucht nach der heilen Welt des Gestern beschwört, schafft sie als einzige Partei ein Zugehörigkeitsgefühl. Wir schliessen uns dann jeweils mit den «Mitteparteien» zu einer «Koalition der Vernunft» zusammen und reagieren mit moralischer Empörung oder versuchen, die SVP und ihre Anliegen lächerlich zu machen. Damit verdrängen wir aber auch, dass wir die Leute mit ihren Ängsten alleine lassen.

Klar: Die SVP bietet mit ihrem Weltbild bloss eine Scheinlösung an und treibt damit insgeheim wiederum das neoliberale Programm und eine menschenverachtende Politik voran. Doch hat sie einen Gesellschafts-

entwurf, während wir den Leuten eine politische Antwort schuldig bleiben. Das führt dazu, dass unsere Kritik an der SVP an Wirkung verliert.

Zudem haben wir es nicht geschafft, die verschiedenen Gruppen und Leute, für die sich die SP über die Jahre eingesetzt hat, tatsächlich zusammenzubringen. Wir vertreten abwechselnd die Anliegen der allein erziehenden Migros-Kassiererin aus Yverdon, des schwulen Grafikers aus Zürich, der feministischen Studentin mit türkischen Wurzeln aus Bellinzona, des Umweltaktivisten aus Basel, der Lehrerin aus St. Gallen, der Industriearbeiterin aus Neuenburg, des Sozialarbeiters aus Genf, der sozial engagierten Kleinunternehmerin aus Winterthur und des Postautochauffeurs aus Disentis. Doch allein deshalb fühlen sich diese verschiedenen Leute weder selbstverständlich von der SP vertreten, noch stehen sie automatisch für die Anliegen der jeweils anderen ein. Im Gegenteil: Untersuchungen zeigen, dass wir zum Beispiel bei den Arbeiterinnen und Arbeitern Wähler verlieren, wenn wir uns für die eingetragene Partnerschaft der Lesben und Schwulen einsetzen. Es gibt kein gemeinsames, sozialdemokratisches Wir, das über den Kreis unserer Mitglieder hinaus wirkt.

Holen wir uns die Deutungshoheit!

Eine andere Gesellschaft ist möglich

Der SPD-Politiker und deutsche Bundeskanzler Willy Brandt hat es in den 1960ern und 1970ern geschafft, mit seiner Politik die Leute bei ihrer Fähigkeit zu packen, für andere einzustehen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und mitzudenken. Mit seiner Losung «mehr Demokratie wagen» hat er die Leute überzeugt, dass sie miteinander besser leben als nebeneinander oder gegeneinander. Dass sie Vertrauen haben können zueinander und in die Gesellschaft. Dass Deutschland nicht vom gegenseitigen Misstrauen der Leute geprägt sein muss, wie es das Land während der Regierungszeit von CDU-Kanzler Konrad Adenauer war. Brandt hat damit die Mitte nach links verrückt. Weil er wusste: Zeitgeist ist nicht einfach da – Zeitgeist schafft man.

Die Mitte ist dort, wo die Deutungshoheit liegt. Das zeigen die Beispiele der Brandt-SPD im letzten Jahrhundert und der SVP heute. Widersprechen wir also den Politologinnen und «Politik-Experten», die von uns fordern, unsere Politik sei an einem Durchschnitt auszurichten, den sie aus ihren Umfragen errechnet haben. Hören wir nicht auf diejenigen, die uns weismachen wollen, die Anpassung an eine politische Mitte, die sie auf ihrem Koordinatensystem «gemessen» haben, liege in unserem Interesse.

Kämpfen wir stattdessen um die Deutungshoheit! Politik kann nicht in Einheiten gemessen werden, Politik ist ein Kampf um die Ideen. Wir sind nicht am «Ende der Geschichte», wie uns das die Marktradikalen weismachen wollen. Eine Alternative ist möglich. Eine Gesellschaft, in der alle einen festen Platz haben als Freie und Gleiche. Eine Gesellschaft, in der Zuversicht und Vertrauen stärker sind als Angst und Misstrauen.

Die Partei für mehr Demokratie

Um die Deutungshoheit zu erobern, müssen wir das ursprüngliche Versprechen der Sozialdemokratie zu unserem politischen Kern machen. Zu einem Projekt, mit dem wir das Vertrauen der Leute gewinnen, das ihnen eine gesellschaftliche Heimat und Zuversicht gibt. Das schaffen wir, wenn wir zur Partei für mehr Demokratie in allen Lebensbereichen werden.

Demokratie ist dabei viel mehr als bloss ein politisches Verfahren. Demokratie ist die Idee einer Gesellschaft, in der die Leute alle frei und gleich sind. In der sie nicht wegen ihrer Denkweise, ihres Geschlechts, ihrer Her-

kunft, ihres Wohnorts oder ihres Einkommens weniger Freiheit haben als andere. In der sie von niemandem beherrscht werden und sich nicht anderen unterordnen müssen. Wir können unser politisches System darum demokratisch nennen, weil alle frei und mit einer gleichen Stimme abstimmen können und nicht etwa ein König oder der Adel für uns entscheidet.

Unsere Wirtschaft dagegen ist undemokratisch, weil fast nur die Abzocker und diejenigen, die ganze Unternehmen oder grosse Aktienpakete besitzen, bestimmen können, wo es langgeht. Auch die Geschlechter-Verhältnisse sind undemokratisch, weil Frauen für die gleiche Arbeit immer noch 20 Prozent weniger Lohn erhalten als Männer. Undemokratisch ist auch, wenn Ausländerinnen und Ausländer, die sich längerfristig in der Schweiz niederlassen und hier Steuern bezahlen, nicht abstimmen und wählen dürfen. Und auch Umweltzerstörung und Ressourcenverschleiss sind undemokratisch, weil sie die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen zerstören und damit deren Freiheiten und Möglichkeiten einschränken.

Darum darf sich Demokratie nicht nur auf den politischen Prozess beschränken. Wir wollen Schritt für Schritt für mehr Demokratie auch in den anderen Bereichen des Lebens kämpfen. In der Wirtschaft, der Bildung, im Service public und den öffentlichen Verwaltungen, den Medien, der Familie oder beim Umgang mit der Umwelt. Und so die Unfreiheiten und Ungleichheiten in der Gesellschaft überwinden.

Mit dem Einstehen für mehr Demokratie haben wir auch einen klaren Gegner: die Scheindemokraten, die Freiheit und Gleichheit höchstens bei Parlamentswahlen und Volksabstimmungen zulassen, aber, wenn es um die Wirtschaft, die Familie, die Verwendung von Umweltressourcen geht, stur an ihren Pfründen festhalten. So, wie es einst der Adel tat. Das sind allen voran die Abzocker, die Grosskonzerne und ihre Handlanger. Die SVP, die übrigen bürgerlichen Parteien und die konservativen Kreise in allen Religionen. Sie sind die Gegner einer wirklichen Demokratie.

Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte

Mit diesem Projekt wollen wir einen neuen sozialdemokratischen Gemeinwillen bilden. Wir müssen allen Gruppen, für die wir heute Politik machen, das Gemeinsame ihrer Situation aufzeigen. Sie alle ziehen bei der heutigen Gesellschaftsordnung den Kürzeren. Anstatt alleine und somit

als Minderheit für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, haben sie die Möglichkeit, sich mit allen, die auch auf irgendeine Art den Kürzeren ziehen, zusammenzuschliessen. Zu einer breit abgestützten Kraft, die es sich erkämpft, dass alle als Freie und Gleiche an der Gesellschaft teilhaben können. Dass alle nach ihren unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen gleichberechtigt leben können.

Das bedeutet mehr, als den einzelnen Gruppen «besser zu kommunizieren», was die SP für sie tut. Wir müssen die SP zur treibenden und leitenden Kraft machen der Idee für eine andere Gesellschaft. Dafür müssen wir Organisationen, Bewegungen und Menschen weit über die Partei und die klassische Politik hinaus einbinden und vereinen – gegen die Scheindemokratinnen und Demokratiegegner.

Ihnen müssen wir die Schlüsselstellen der Gesellschaft abspenstig machen. Denn dort prägt man die Deutungshoheit. Das ist natürlich das Bundeshaus und das sind die kantonalen und kommunalen Regierungen und Parlamente. Aber es sind vor allem auch die Betriebe, Redaktionen, Hochschulen, Verbände und Fussballklubs. Dort, wo jetzt die bürgerlichen Parteien, die *economiesuisse*, die Tamedia-Verleger, die *Avenir Suisse*, die HSG-Professoren, die AUNS, der Gewerbeverband oder die SVP mit ihren Ideen den Ton angeben und den Kurs vorsehen – dort wollen wir in Zukunft mit unseren Ideen bestimmen.

Im Gegensatz zur äussersten Linken wollen wir kein Reich der Freiheit oder der absoluten Demokratie von Grund auf und völlig ausserhalb der heutigen Institutionen aufbauen. Wir stehen mit Überzeugung zu den Errungenschaften, die unsere Demokratie seit 1848 hervorgebracht hat, wie die Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die direkte Mitbestimmung bei Wahlen und Abstimmungen.

Alte und neue Gegensätze

Um einen Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte zu erreichen, der um die Schlüsselstellen der Gesellschaft kämpfen kann, müssen wir uns von einer Vorstellung lösen, die noch immer stark innerhalb der Linken vertreten ist. Es geht nicht einzig um den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Es sind schlicht nicht alle politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darauf zurückzuführen. Es gibt zahlreiche weitere Machtgegensätze, die die Gesellschaft durchziehen. Selbst in der

Wirtschaft. So zieht zum Beispiel eine Sans-papier-Putzfrau am Zürberg nicht nur den Kürzeren, weil sie eine Arbeiterin ist, sondern auch, weil sie eine Frau und eine Ausländerin ist.

Natürlich bleibt der Kapitalismus und in seinem Kern das Privateigentum an Produktionsmitteln in hohem Masse mitverantwortlich für Unfreiheit, Ungleichheit, Elend und Not. Leute ohne Kapitalbesitz müssen auch heute ihre Arbeitskraft verkaufen, um durchzukommen. Und Leute mit Kapitalbesitz haben so die Macht, Erstere auszubeuten. Ebenso prägen diese Bedingungen weiterhin die Politik und viele andere Bereiche der Gesellschaft mit. Wir dürfen diesen Gegensatz also weder ausblenden, noch einzig auf ihn fokussiert sein.

Die Werte der Demokratie

Auf Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Verantwortung berufen sich alle gerne. Je nachdem, wer die Begriffe braucht, sind aber höchst unterschiedliche Dinge gemeint. Die SVP zum Beispiel verkauft sich mit ihren fremdenfeindlichen Initiativen gerne als die Vorkämpferin für Demokratie und Freiheit, will aber in Wirklichkeit eine Mehrheit dazu bringen, die Freiheit einer Minderheit zu beschränken. Die Marktradikalen schmücken sich gerne mit den Federn der Freiheit und wollen gleichzeitig mit ihrem Marktdenken die politische Demokratie immer weiter verdrängen und Menschen immer stärker wirtschaftlichen Zwängen unterwerfen.

Wir wollen klar unterscheiden. Im Gegensatz zu den meisten Liberalen und Konservativen ist für uns Freiheit die Möglichkeit, dass sich jede und jeder in ihrer oder seiner Individualität und Verschiedenheit entfalten kann und gleichzeitig Teil eines funktionierenden Gemeinwesens ist. Das ist nur möglich, wenn alle gemeinsam Verantwortung tragen für den Einzelnen und somit für alle. Und wenn wir für alle eine Gleichheit an Freiheiten schaffen – unabhängig von Einkommen, Besitz, Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung und so weiter. Für unsere Freiheit brauchen wir alle wirtschaftlichen und sozialen Boden unter den Füßen, den wir nur gemeinsam schaffen können und schaffen müssen.

Die Freiheit der Bürgerlichen im Allgemeinen und der Marktradikalen im Speziellen ist bereits gegeben bei der Abwesenheit direkten Zwangs durch einen Mitmenschen oder den Staat. Sie missachtet, dass Freiheit etwas ist, das wir nur miteinander schaffen können. Genauso, wie wir die

grossen Freiheitserregenschaften wie beispielsweise unser Bildungssystem oder unser Verkehrsnetz nur gemeinsam aufbauen konnten und nur gemeinsam finanzieren können. Um die neoliberale Freiheit zu sichern, braucht es hingegen bloss rechtliche Rahmenbedingungen, die sich ausschliesslich auf das Individuum beziehen und sich mitunter gegen die demokratische Entscheidungsfindung richten. Sie entbindet die Leute somit davon, Verantwortung für andere zu übernehmen. Und macht damit jede und jeden selber verantwortlich für sich und seine Situation.

Entsprechend umfasst unsere Idee von Gleichheit auch mehr als die auch von Bürgerlichen eingeräumte Rechtsgleichheit und Chancengleichheit. Sie bedeutet aber auch das Gegenteil von Gleichmacherei. Sie ist die Voraussetzung, dass jede und jeder in ihrer oder seiner Individualität gleich frei leben kann, diese Freiheit jedoch nicht auf Kosten der Freiheit eines oder einer anderen auslebt.

Für Freiheit und Gleichheit tragen die Leute gemeinsam und füreinander die Verantwortung. Eine wirkliche Demokratie kann man nicht nur mit Gesetzen schaffen und schützen. Sie braucht ein Klima des Vertrauens und der Zuversicht in der Gesellschaft. Das Gefühl der Leute, dass sie gemeinsam mehr schaffen als alleine. Diese gemeinsame Verantwortung – so ziemlich das Gegenteil der «Eigenverantwortung» der Bürgerlichen – nennen wir auch Solidarität.

10 Schritte der SP hin zu mehr Demokratie

1. Wir kämpfen mit unserem Projekt um die Deutungshoheit

Wer wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind und was unsere Botschaft ist, müssen wir klar sagen können. In einer Kürzestfassung etwa so:

Sozialdemokratie ist die Überzeugung, dass wir gemeinsam mehr Demokratie schaffen können. Dass alle frei und gleich sind und alle einen festen Platz in unserer Gesellschaft haben. Dafür kämpfen wir von der SP. Gegen die Marktradikalen, die Abzocker und die bürgerlichen Parteien. Denn sie verteidigen, dass sie sich weiterhin alles nehmen können.

Politik ist der Kampf um die Deutungshoheit und somit auch etwas Gefühltes. Sie ist keine reine Vernunftangelegenheit und auch nicht nur technische Verwaltungsarbeit. Politik lässt sich auch nicht in Einheiten messen und verkaufen. Politik ist die Auseinandersetzung um die Idee, wie wir unsere Gesellschaft gestalten wollen. Sie lebt somit von Hoffnungen, Träumen, Vertrauen, Zugehörigkeit. Von Leidenschaft und einem Wir-Gefühl in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

Wir müssen bei jeder Diskussion und jeder Sachfrage spürbar machen, dass es uns um die grosse Ganze, um unser Projekt geht. Eine Sozialdemokratin oder ein Sozialdemokrat sollte das Gegenteil einer Politikverwalterin oder eines Politik-Technikers sein. Wir kämpfen um die Deutungshoheit. Wir wollen die Burg stürmen!

2. Wir gehen raus zu den Leuten

«Wir dürfen uns nicht zurückziehen in die Vorstandsetagen, in die Sitzungsräume. Unsere Politik wirkt manchmal aseptisch, klinisch rein, durchgestylt, synthetisch. Und das müssen wir ändern. Wir müssen raus ins Leben. Da, wo es laut ist. Da, wo es brodelt. Da, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt. Wir müssen dahin, wo es anstrengend ist. Weil nur da, wo es anstrengend ist, da ist das Leben.» Wäre der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, von dem dieses Zitat stammt, Schweizer, hätte er vielleicht gesagt: «Wir müssen uns am Quartierfest mit einem Cervelat in der Hand an die Festbänke setzen, wo alle anderen sitzen. Und nicht den ganzen Abend am SP-Tisch unter uns bleiben.»

Wir müssen mit unseren Familien, Nachbarinnen, Arbeitskollegen und Vereinsspännli auch über Politik reden. Gerade dann, wenn sie nicht SP wählen oder «nicht politisch interessiert» sind. Wir müssen ihnen zuhören und mit ihnen unsere Ideen diskutieren. Es sind die ganz kleinen Schritte in unserem Alltag, die zählen. Die SP als Organisation alleine gewinnt niemanden. Das muss uns bewusst sein. Es liegt an jeder und jedem von uns, im Alltag unsere Ideen zu vertreten.

Neben der Überzeugungsarbeit im Alltag müssen wir uns umfassender, bewusster und gezielter dort einbinden, wo sich Leute bereits zusammengetan haben, um die Verhältnisse zu verbessern oder zu überwinden. Dazu gehören Gewerkschaften, Berufsverbände, sozial und ökologisch ausgerichtete Kleinunternehmerverbände, Mieterinnenverbände, Migrantenorganisationen, Umweltverbände, Menschenrechtsorganisationen, Friedensbewegungen, progressive Hilfswerke, fortschrittliche Kulturorganisationen, Sportvereine, Quartiervereine und Bürgerbewegungen. Und wir wollen dabei sein, wenn neue Bewegungen und Organisationen entstehen. Wir wollen ihnen helfen, auf die Beine zu kommen. Auch hier müssen wir hingehen statt warten, bis die Leute zu uns kommen. Wir wollen in diesen Organisationen mitbestimmen. Wir brauchen zum Beispiel Gewerkschaften, die mit uns zusammen wieder in die Mitte der Gesellschaft wollen. Es liegt an uns, diese Überzeugungsarbeit zu leisten. Und dabei geht es immer auch um Personal- und Machtpolitik. Dazu stehen wir.

3. Wir öffnen die Partei

Treibende Kraft und Drehscheibe für mehr Demokratie muss die SP sein. Sie sollte der Ort sein, wo sich die verschiedenen Gruppen mit ihren Forderungen und Ideen treffen, um gemeinsam zu diskutieren und eine Gesamtstrategie zu finden. Für diese Führungsrolle der Partei müssen wir unser Klubdenken aufgeben, unsere Besessenheit mit «Innen» und «Aussen». Wir tun uns schwer, neue Leute wirklich in unserer Mitte einzubinden. Weil wir als SP die Sicherheit bezüglich unserer Identität verloren haben und weil wir oft schlicht zu träge sind, grenzen wir uns manchmal ab. Wenn wir wissen, wer wir sind und was wir wollen, wollen wir eine möglichst grosse Gemeinschaft. Jeder und jede soll teilhaben und mitbestimmen können. Wir finden: Auch an Nominationsverfahren für öffentliche Ämter. Die SP Winterthur hat hier zum Beispiel erste Schritte gewagt.

Die SP schreckt heute viele ab, die auf ihre Art für dasselbe einstehen wie wir. Unser Parteileben ist stark von der gegenwärtigen Führungsgeneration geprägt: Sehr gut Ausgebildete, gut Verdienende, die in einem guten Quartier in der Stadt wohnen. Wir sitzen gerne in schicken Cafés und reden dort am liebsten mit Leuten, die so ticken wie wir. Keine Mitgliederwerbeproschüre kann angesichts dieser Klub-Klüngelerei neuen Leuten eine «Willkommenskultur» einreden. Und wenn doch neue Köpfe zur SP finden, dann sind es fast nur Sozialarbeiter, Lehrerinnen, Staatsangestellte oder Kulturschaffende. Wir dürfen nicht darauf hoffen, dass sich das einfach so ändert. Wir müssen deshalb gezielter auch Leute aus anderen Schichten einbinden und fördern.

Neben den politischen Sitzungen und Versammlungen brauchen wir auch Feste mit Essen, Trinken und Musik. Wir müssen linke Gegenstücke zum «Buurezmorge» und zum «Albisgüetli» schaffen. Ein möglicher Ansatz sind die «Wahlbier»-Veranstaltungen der SP Zürich. Wichtig ist dabei, dass wir ein Parteileben haben, mit dem die SP auch auf dem Land zu Hause ist. Eine Möglichkeit ist hier, unsere Identität als fortschrittliches Alpenland zu betonen, wie das vor fast 20 Jahren die Alpen-Initiative gemacht hat. Und wir müssen uns überlegen, wie wir als SP linke Symbole wie den 1. Mai mehr prägen und erneuern können.

Bei all dem sind unsere Amtsträgerinnen und Funktionäre als Vorbilder gefordert. Sie müssen vorleben, dass sozialdemokratische Politik bei den Leuten stattfindet. Sie – oder wir – müssen mit unseren Leuten vor Ort auftreten. Bei den kleinen Veranstaltungen mitten im Leben. Uns dazusetzen, zuhören, Probleme aufnehmen, die Ziele und die Arbeit der SP erklären und diskutieren. Dabei geht es auch ums Miterleben. Darum, selber fest verwurzelt zu sein. Dort, wo unsere Politik stattfindet.

4. Wir entwickeln eine neue Sprache

Weil wir heute fast alle von Universitäten kommen oder auf Fachstellen arbeiten, reden wir auch über Politik mit Hochschul- und Parlamentsbegriffen. Vielleicht auch deshalb, weil wir die Mängel der Sozialdemokratie hinter umso klügeren Begriffen verstecken wollen. Wir müssen als Politikerinnen und Aktivisten bodenständig reden und klare Ansagen machen gegenüber unseren Verbündeten und unseren Gegnern. Und die Leute müssen mit uns auch ein Bier trinken wollen. Helmut Hubacher hat

einmal gesagt: «Ich muss meinen Kollegen in der Beiz erklären können, was wir da machen.»

Begriffe und Sprache sind immer verknüpft mit einem bestimmten Deutungsrahmen und umgekehrt. Radio Energy hat zum Beispiel vermutet, dass sich die SP auf die «bürgerliche Mitte» zubewegt, weil wir im neuen Parteiprogramm von «Freiheit» reden. Die Radiomacher haben Freiheit für einen rein bürgerlichen Wert gehalten und in seinem oben beschriebenen Sinn verstanden.

Um Wertvorstellungen der Politik und der Gesellschaft zu verstehen, denken Menschen oft in alltagsnahen Sprachbildern. Der amerikanische Sprachwissenschaftler George Lakoff sagt, dass die Amerikaner über Politik wie über eine Familie denken. Die konservative und die fortschrittliche Politikauffassung gründen dabei in zwei völlig verschiedenen Familienbildern.

Zum einen ist dies das Bild der «fürsorglichen Eltern». Die gleichberechtigten Eltern kümmern sich gemeinsam um ihre Kinder. Sie setzen sich mit ihnen auch einmal hin und hören zu. Sie wollen ihnen nicht den Weg vorbestimmen, sondern sie dazu befähigen, sich in einer Welt zurechtzufinden, die grundsätzlich weder gut noch schlecht ist. Sie wollen, dass die Kinder auf ihre Mitmenschen Rücksicht nehmen und diesen nötigenfalls auch helfen. Eine solche Familie lebt ganz selbstverständlich die Werte der Freiheit, Gleichheit und der gemeinsamen Verantwortung und gibt sie ihren Kindern weiter.

Zum anderen zeichnet Lakoff das Familienbild des «strengen Vaters». Dieser Vater hat ein negatives Welt- und Menschenbild. Der männliche Familienvorsteher ernährt seine Familie, indem er draussen in dieser Welt alleine und in «Eigenverantwortung» und Konkurrenz zu den anderen Leuten für das Auskommen seiner Familie sorgt. Zu Hause erzieht er seine Kinder mit harter Hand. Er diszipliniert sie für den Kampf, dem sich die Kinder später draussen in der Welt stellen müssen. Einer feindseligen Welt, die einen immer wieder in Versuchung führt, vom moralisch guten Weg abzukommen und als Folge davon den Kampf gegen die anderen zu verlieren. Die Mutter hat nur eine untergeordnete Rolle. Sie kümmert sich um den Haushalt und um den Gefühlshaushalt der abgeschlossenen Familienwelt. Eine solche Familie lebt nach konservativen Moralvorstellungen und neoliberalen Konkurrenzideen.

Argumentieren amerikanische Politikerinnen und Politiker in der Logik des einen oder des anderen Familienbilds, übernehmen die Bürgerin-

nen und Bürger die jeweiligen Wertvorstellungen beim Bewerten der politischen Inhalte. Lakoff rät den amerikanischen Linken deshalb, immer in der Logik der «fürsorglichen Eltern» zu argumentieren, um ihre Werte zu vermitteln.

Es ist unklar, ob diese Sprachbilder in der Schweiz gleich funktionieren. Doch klar ist, dass wir für unser Projekt eine lebensnahe Sprache entwickeln müssen, damit sich die Leute in ihm wiedererkennen.

Dieses Papier ist gerade auch bezüglich der Sprache ein Versuch. Wir haben probiert, strategische Angelegenheiten unserer Partei so zu formulieren, dass man sie auch in der Beiz, am Familientisch, nach dem Fussballtraining oder bei der Arbeit – also mitten im Leben – verstehen könnte. Ob es gelungen ist, sollen andere entscheiden. Wir konnten auf jeden Fall feststellen, wie schwer das ist. In diesem Bereich haben wir speziell viel Arbeit vor uns.

5. Wir haben den Mut zur langfristigen Strategie

Wir müssen einen längerfristigen Plan zum Umsetzen unserer politischen Ideen entwickeln. Im Moment denken wir maximal in Legislaturperioden, oft bestimmen ausschliesslich unsere Gegner und die Tagesaktualität unser Handeln. Welche Schritte brauchen wir zum Erobern der Deutungshoheit? Wie schaffen wir einen neuen fortschrittlichen Zusammenschluss für mehr Demokratie? Welche Partner sind dabei besonders wichtig? Wie schaffen wir Mehrheiten für die politischen Entscheidungen, die wir gewinnen müssen?

Gegenwärtig kümmert sich fast niemand um die langfristige Perspektive. Wir müssen auf dem Zentralsekretariat und im Präsidium Kapazitäten dafür schaffen. Damit wir die Ziele und die nötigen Schritte in der Hektik des Tagesgeschäfts im Auge behalten. Aber auch, damit wir diese Strategie im Detail laufend anpassen können an neue Entwicklungen.

Wie aufgezeigt, gehört dazu ebenfalls, dass wir eine neue sozialdemokratische Identität stiften. Wir müssen Symbole schaffen. Zeichen, Veranstaltungen und Feiertage entwickeln und erneuern. Wir müssen einen sprachlichen Deutungsrahmen entwickeln, dessen Bedeutung wir anhand der Familienmodelle aus den USA aufgezeigt haben. Ein solches Mittel sind zum Beispiel symbolische Projekte, die stellvertretend das grosse Projekt für mehr Demokratie auf den Punkt bringen. Projekte, bei

denen die Leute spüren und dank einfacher Konzeption genau verstehen, worum es uns geht. Mit denen wir unsere Verbündeten motivieren und neue Verbündete gewinnen können. Ein Beispiel eines solchen Projekts ist die 1:12-Initiative der JUSO, mit der die Jungpartei trotz geringster Mittel neue Bewegung in die eigene Partei, in die gesamte Linke und sogar in die Politik als Ganzes gebracht hat.

Wir brauchen solche Projekte auch, damit wir unseren Erfolg an einzelnen Schritten messen können. Wir müssen für unsere Leute Erfolgserlebnisse schaffen. Und gleichzeitig müssen wir die Sehnsucht und den Glauben, dass mehr möglich ist, lebendig halten. Nie dürfen wir wegen kurzfristiger Taktiererei unser Projekt aus den Augen verlieren. Wir leben vom Vertrauen der Leute, von unserer Glaubwürdigkeit, dass es uns um das grosse Ganze geht. Dass wir kein grösseres Stück vom Kuchen haben, sondern über die Bäckerei entscheiden wollen.

Teil einer längerfristigen Strategie ist auch die Organisationsentwicklung der SP. Wir müssen unsere Strukturen weiterentwickeln. Zum Beispiel sind unsere Sektionen vielerorts eingeschlafen oder schon gestorben. Wir brauchen starke Sektionen, weil sie nach unseren Leuten am nächsten beim Leben vor Ort sind. Oder wir müssen, noch grundsätzlicher und darüber hinaus, unser Mitgliedermodell zumindest diskutieren und mögliche Alternativen prüfen. Viele Kantonal- und Bezirksparteien leisten hier Vorarbeit. Wir müssen Bestrebungen landesweit koordinieren und Erfahrungen weitervermitteln.

6. Wir wagen mehr Demokratie in der Partei

Als treibende Kraft und Drehscheibe eines Zusammenschlusses für mehr Demokratie haben wir eine Vorbildrolle. Auch wir können noch demokratischer werden. Wir müssen gemeinsam klären, wo das sinnvoll und möglich ist. Einige Ansatzpunkte sind für uns offensichtlich. Erstens sollten wir demokratischer über Strategien befinden. Darüber, wie wir unsere politischen Ziele langfristig erreichen wollen. Haben wir hier breit abgestützte Entscheidungen, fördert das auch, dass wir unseren Kurs über längere Zeit halten können. Zweitens müssen wir die parteiinterne Bildungsarbeit demokratisch gestalten. Wir sollen gemeinsam entscheiden, wo wir die inhaltlichen Schwerpunkte setzen. Und Mitglieder oder Gruppierungen innerhalb der Partei sollen – breite Unterstützung voraus-

gesetzt – eigene Bildungsangebote und Projekte in die SP einbringen und mit ihrer Unterstützung umsetzen können. Drittens müssen wir vor Ort Möglichkeiten schaffen, damit die Leute bei eidgenössischen und globalen Themen direkt mitentscheiden und mitarbeiten können. Das darf freilich keine Sandkastenübung sein. Viertens brauchen wir überall basisdemokratische Nominationsprozesse bei Kandidaturen für öffentliche Ämter (siehe auch unsere Forderung nach öffentlichen Vorwahlen unter Punkt 3).

Am wichtigsten ist uns wirkliche Demokratie bei internen politischen Auseinandersetzungen. Flügelkämpfe sind an sich etwas Konstruktives. Durch sie setzen wir gemeinsame Positionen fest und überprüfen diese immer wieder. Heute führen wir aber zu oft Splitterkämpfe. Wir duellieren uns als «Gewerkschafterinnen», «Sozialliberale», «Kapitalismuskritikerinnen» oder «Pragmatiker» in den Medien. Es geht um ein paar Kandidatenstimmen mehr für mich statt um mehr Wählerinnen und Wähler für uns. Oder um moralische Erhabenheit in verkommenen Zeiten. Um die Bestätigung, doch eigentlich Recht zu haben. Dieses Problem können keine Statuten lösen. Wir alle müssen bereit sein, unsere Meinungsverschiedenheiten in unseren Gremien auszutragen. Uns auf Parteitag und Delegiertenversammlungen durchzubeissen und für unsere Ideen Mehrheiten zu gewinnen. Und auch im Fall einer Niederlage das Ergebnis gemeinsam zu tragen.

SP-Regierungsmitglieder stehen auf allen Ebenen in der Verantwortung, in erster Linie die gemeinsam festgelegten sozialdemokratischen Ideen und Interessen zu vertreten. Nicht sich selbst oder «Sachzwänge». Und es ist unsere Aufgabe, sie in den demokratischen Gremien der Partei in die Pflicht zu nehmen.

7. Wir bilden unsere Mitglieder und Verbündeten

Wir brauchen Mitglieder, Verbündete und Sympathisantinnen, die wissen, dass sie die entscheidende Rolle spielen. Sie sind es, die unsere Ideen zu den Leuten tragen. Sie stellen Verbindungen her zu weiteren Organisationen, Vereinen und Zusammenschlüssen. Das – und das dafür nötige Wissen – zu vermitteln, ist die Aufgabe der politischen Bildung.

Wir müssen unseren Mitgliedern systematisch vermitteln, wer wir sind und was wir wollen. Wir müssen ihnen zeigen, dass das, was viele von

uns als «normal» ansehen, das Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung ist, bei der wir den Kürzeren ziehen. Und unsere Mitglieder, Aktivistinnen und Amtsträger brauchen das handwerkliche Wissen, wie wir Mehrheiten schaffen für unsere Ideen. Wie wir in unserer Nachbarschaft für politische Bewegung sorgen können. Wie wir unsere politische Arbeit am besten organisieren. Wie wir auftreten und reden, um Menschen zu berühren und abzuholen.

Alle, die ein Mandat anstreben oder ein Parteiamt übernehmen, verpflichten sich zur Weiterbildung und lassen andere wiederum an ihrem Wissen teilhaben. Das gilt für Nationalratskandidatinnen, kommunale Exekutiven, Sektionspräsidentinnen und Funktionäre gleichermaßen. Darüber hinaus muss sich die Partei um Nachwuchsförderung kümmern. Die Bildungscamps der JUSO können ein Vorbild sein, wie man Bildung und Parteileben miteinander verknüpfen kann.

Und unsere Bildungsangebote sollen auch verbündeten Organisationen offen stehen. Wir wollen diejenigen unterstützen, die für dieselben Ideen kämpfen wie wir. Das gilt vor allem für neu entstehende Bewegungen und Organisationen, denen wir mit unserem Wissen und unserer Erfahrung auf die Beine helfen können.

Darüber hinaus müssen wir in unseren Reihen politische Nachwuchstalente gezielt ausfindig machen, ausbilden und fördern – auch, indem wir ihnen Funktionen und Chancen auf Mandate geben. Diese Auswahl und die manchmal nötige Bulldozerarbeit gehören ebenfalls zu den Aufgaben der Parteispitze: Sie sind verantwortlich dafür, dass sich die SP personell laufend erneuert, wenn nötig gegen die Widerstände derjenigen, die an den Sesseln kleben.

8. Wir schaffen Denkwerkstätten

Wissen ist Macht. Dessen sind sich die Marktradikalen bewusst und investieren seit langem Unsummen in ihre Think-Tanks. Auch wenn wir weit weniger Geld haben, dürfen wir diese intellektuelle Arbeit nicht vernachlässigen. Auch wir brauchen mehr als sachpolitische Positionspapiere. Wir brauchen mehr Hintergrundwissen über die gesellschaftlichen Strukturen. Wir müssen unsere grundlegenden Ideen – wie die Ausweitung der Demokratie – vorantreiben. Oder wir brauchen Grundlagen für unsere tägliche Arbeit, zum Beispiel ein Kompetenzzentrum für Kommunal-

politik, das die Sektionen und Regierungsmitglieder vor Ort unterstützt und untereinander vernetzt. Und wir müssen all dieses Wissen auch für unsere Verbündeten verfügbar machen.

Es liegt nahe, dafür eine eigene Abteilung aufzubauen. Wir können hierfür aber auch das Wissen unserer 30 000 Mitglieder gezielter nutzen. Unter ihnen befinden sich viele, die Spezialistenwissen haben und dieses in die Partei einbringen möchten. Die Fachgruppen sind unser traditionelles Gefäss, das wir öffnen und ausbauen können. Ein neuerer und viel versprechender Ansatz ist das Schaffen der Begleitgruppe für Organisationsentwicklung, die ihrerseits systematisch Beziehungen aufbaut. Dieses Prinzip könnte man für andere Bereiche kopieren. Wir brauchen Netzwerke mit Intellektuellen aus dem linken Umfeld, die wir fürs Mitdenken und Mitarbeiten in der Partei gewinnen können. Wir sollten viel stärker über die Partei- und Landesgrenzen hinaus zusammenarbeiten. Insbesondere mit dem Denknetz, aber auch mit Organisationen wie kontrapunkt, attac, Erklärung von Bern und mit ausländischen Stiftungen wie der Friedrich-Ebert-, Rosa-Luxemburg- oder Hans-Böckler-Stiftung. Und wir brauchen eine zentrale Stelle, die die Kontakte und die Zusammenarbeit überblickt und koordiniert.

Zweitens brauchen wir eine Abteilung auf dem Zentralsekretariat, die das politische Geschehen beobachtet. Die beispielsweise Megathemen wie gesellschaftliche Veränderungen durch das Internet oder das Zusammenleben mit einer wachsenden muslimischen Minderheit früh kommen sieht, Wissen und Netzwerke dazu aufbaut und politische Lösungen wie auch mögliche Kommunikationsstrategien im Sinne unserer Ideen entwickelt. Bevor wir von den Tatsachen oder der Politik der anderen überrannt werden. Dasselbe müssen wir machen für Entwicklungen in einzelnen Themenfeldern. Zum Beispiel bei der Sozial- oder Wirtschaftspolitik. Diese Aufgabe liegt heute bei den politischen Sekretärinnen und Sekretären. Wir müssen sie entlasten und diese Aufgaben klar vom Vorbereiten der Parlamentsgeschäfte trennen.

Drittens müssen wir uns bewusst werden, dass der Kapitalismus von 2010 ein anderer ist als der Kapitalismus von 1960. Und er entwickelt sich ständig weiter. Im heutigen Kapitalismus spielen Wissen und Dienstleistungen eine immer wichtigere Rolle. Entsprechend hat sich die Gesellschaft verändert. Wir führen verschiedenste Leben und bringen ganz unterschiedliche Einstellungen mit, je nachdem, ob wir als Handwerkerin, Service-Angestellter, Managerin im mittleren Kader, Sozialarbeiter

oder als Freelancerin im IT-Bereich arbeiten. Dieser politischen Grundlagenforschung müssen wir wieder mehr Platz einräumen und Beachtung schenken.

9. Wir machen gemeinsam Kampagnenarbeit

Ausserhalb der Parteigrenzen unterscheidet niemand zwischen SP Schweiz, SP Aargau und SP Bremgarten. Es gibt nur die SP.

Unabhängig von unserer politischen Strategie müssen wir unsere Kommunikation noch stärker als heute vereinheitlichen und professionalisieren. Die Aktivistinnen, Mandatsträger, Sektionen, Kantonalparteien und das Zentralsekretariat müssen beim Umsetzen möglichst alle an einem Strick ziehen. Wir müssen dieselben Botschaften vermitteln. Dieselbe Sprache sprechen. Wir müssen unsere Mitglieder gezielt aktivieren und koordinieren können für unsere Politik. Wir müssen unsere politische Arbeit mediengerecht aufbereiten.

Das Allerwichtigste dafür ist eine zentrale Datenbank. Wir müssen möglichst tiefe und stabile Beziehungen zu möglichst vielen Leuten aufbauen und über den einzelnen Wahlkampf hinweg pflegen. Wir müssen unsere Mitglieder, Aktivistinnen, Sympathisanten und Spenderinnen möglichst genau kennen. Wir müssen von jeder und jedem von ihnen jederzeit wissen, was sie von uns erwarten, was sie geleistet haben, wozu sie bereit sind und wie wir mit ihnen verblieben sind. Diese Aufgabe sind wir bislang zu zaghaft angegangen und wir haben ihre Notwendigkeit ungenügend vermittelt. Wir sammeln so viele Informationen, wie wir brauchen, um unsere Leute bestmöglich zu unterstützen. Wir geben keine Daten weiter, behandeln sie sicherstmöglich und geben unseren Leuten jederzeit Auskunft, was wir über sie wissen.

Auf dieser Grundlage müssen wir die Kommunikation mit unseren Mitgliedern, Aktivisten, Sympathisantinnen und Spendern weiter verbessern. Vor allem über das Internet. Dieses ist heute der schnellste und mächtigste Kanal beim Informieren, Mobilisieren und Aktivieren unserer eigenen Leute. Wir müssen personalisiertes E-Mailing und SMS-Dienste, unsere Website als Kampagnendrehzscheibe und die Präsenz in sozialen Netzwerken zwecks Zusammengehörigkeitsgefühl weiter ausbauen. Und all diese Elemente müssen sich zu einem Ganzen ergänzen, auch über die verschiedenen Ebenen der SP hinweg.

Das Zentralsekretariat muss beim Ausarbeiten der Kampagnen die Kantonalparteien stärker miteinbeziehen, sie aber beim Umsetzen auch entschiedener in die Pflicht nehmen. Wir brauchen eine engere und verbindlichere Zusammenarbeit, als wir sie gegenwärtig mit den Koordinationskonferenzen haben. Zudem muss das Zentralsekretariat unseres Erachtens vermehrt zu einer Anlauf- und Beratungsstelle für die Kampagnenarbeit von Sektionen, Kantonalparteien und Kandidierenden werden. Es soll Grafik- und Internetsupport anbieten, noch mehr Verwaltungsaufgaben übernehmen und Unterstützung und Begleitung beim Entwickeln und Umsetzen von ganzen Kampagnen anbieten. Hier wurden seit den Wahlen 2007 erste Schritte in die richtige Richtung unternommen. Allerdings müssen wir noch weiter gehen.

Eine weitere Aufgabe ist, Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Lehrern auf allen Stufen besser zu erklären, wie wir Politik verstehen, wo wir die grossen Probleme in der Gesellschaft sehen und was unsere grundsätzlichen Ziele sind. Dass wir auch mit ihnen nicht nur über Sachpolitik reden und darüber, wie wir den nächsten Mediencoup landen können. Auch wenn sie gegen uns sind: Es darf uns nicht mehr passieren, dass Journalistinnen und Medien-Politologen in der Wirtschaftsdemokratie ein Konzept von vorgestern sehen.

10. Wir denken und handeln über die Schweizer Grenzen hinaus

Politische Herausforderungen sind global. Das tönt so platt, wie es heute mehr denn je zutrifft. Die nationalstaatlichen Grenzen zu überwinden ist seit jeher ein Kernziel der SP. Für uns ist es deshalb völlig klar, dass sich die Schweiz am Projekt Europa beteiligen muss.

Die EU von heute ist von neoliberalen und bürokratischen Ideen geprägt, in vielen Bereichen undemokratisch – und sie befindet sich gegenwärtig in einer Krise. Wir wollen in die EU, weil wir Europa mitdemokratisieren wollen. Wir wollen die gemeinsame Verantwortung mittragen. Dasselbe wollen wir bei weltweiten Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der Friedenspolitik tun.

Wir müssen mehr unternehmen, als diese Schritte zu fordern. Die SP selber muss über die Grenzen hinweg denken, diskutieren und handeln. Wir müssen versuchen in und mit der Sozialdemokratischen Partei Europas sowie der Sozialistischen Internationalen mehr Einfluss zu neh-

men. Darüber hinaus wollen wir uns für einen Zusammenschluss der fortschrittlichen Kräfte über Landesgrenzen hinweg einsetzen und auf diesem Weg vorangehen. Wir wollen Beziehungen aufbauen zu weiteren linken Parteien und ausländischen oder länderübergreifenden NGOs und Bewegungen. Wir wollen auch über die Landesgrenzen hinweg einen gemeinsamen Willen schaffen und gemeinsam handeln für unsere gemeinsamen Interessen.

Das soll auch im Kleinen und Alltäglichen passieren. Wir können auf internationale oder zumindest europaweite Kampagnen hinarbeiten und sie lokal umsetzen. Wir können internationale Sektionspartnerschaften fördern. Unser Personal vermehrt im Ausland aus- und weiterbilden. Mehr ausländische Gäste zu unseren Veranstaltungen einladen. Oder wieder mehr politische Auslandreisen organisieren.

Und jetzt?

Nachwort von Jacqueline Fehr

Der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz geht es gut: Eine junge Generation ist bereit, die Fackel der politischen Leidenschaft weiterzutragen. Die fünf Autoren machen klar, dass sie – wie sie es formulieren – die Burg stürmen wollen. Sie haben erkannt: Wer die Burg stürmen will, muss sagen können, was Sache ist, darf sich nicht in der vorgegebenen Logik bewegen, muss herrschende Denkmuster sprengen und eine neue Sprache finden.

Die fünf jungen Autoren fordern uns auf, in wichtigen politischen Fragen die Deutungshoheit wieder zu erlangen. Wer die Deutungshoheit hat, sagt, welche Fragen über das Wohlergehen der Menschen in diesem Land und auf unserem Planeten entscheiden. Geht es den Menschen besser mit mehr Solidarität oder mit mehr Ausgrenzung und Egoismus? Fühlen wir uns wohler, wenn wir mit Ressourcen sorgfältig umgehen oder wenn wir vergeuden und ausbeuten? Haben wir festeren Boden unter den Füßen, wenn wir die Vergangenheit nostalgisch überhöhen oder wenn wir die Chancen der Zukunft packen?

Das Papier legt gute Wegmarken für die Zukunft der Sozialdemokratie. Sie sollen diskutiert und weiterentwickelt werden, von den Jungen, aber nicht nur. Mehr Demokratie ist nicht nur Programm, sondern auch Methode. Das gefällt mir, vor allem, weil ich in den vergangenen Monaten gemerkt habe, wie gut mir diese Diskussionen tun. Ich freue mich auf weitere.

Von der kommenden Generation wünsche ich mir eine Politik mit mehr Leidenschaft und weniger Kalkül. Eine Politik, die nicht zur politgeografischen Vermessung der Akteure verkommt, sondern die grosse Geschichte zu erzählen weiss. Die Geschichte von mehr Freiheit, Gerechtigkeit und gemeinsamer Verantwortung.

Seit ich dieses Papier gelesen habe, weiss ich, dass diese Generation unterwegs ist.

Jacqueline Fehr ist Nationalrätin und Vizepräsidentin der SP Schweiz

Nachwort von Cédric Wermuth

Die Geschichte hat uns gelehrt, immer dann skeptisch zu sein, wenn wieder jemand das «grosse und einzig richtige Rezept» für sozialdemokratische Politik gefunden hat. Komme es nun aus der Küche orthodoxer Spinner oder sozialneoliberaler Irrläufer.

Das vorliegende Papier tut genau dies nicht. Es führt sozialdemokratische Politik vielmehr auf ihren simplen Kern zurück: den Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Autoren fassen die Bedingungen für eine neue Politik der Freiheit zusammen – auf den ersten Blick mögen sie trivial erscheinen. Erstmals aber liegt ein konkretes Handlungsprogramm vor.

Drei Punkte möchte ich speziell herausheben. Zuerst einmal getrauen sie sich festzustellen, was der Grund für die sozialdemokratische Krise in Europa ist: Wir haben schlichtweg das Vertrauen grosser Teile der Bevölkerung verloren. Diese Erkenntnis tut weh. Aber ohne sie zu akzeptieren, gibt es links keine Zukunft.

Zweitens ist das Papier eine längst überfällige Antwort auf die selbst ernannten Politexperten aus den Hinterzimmern der Universitäten und Redaktionen. Sie wollen uns seit Jahr und Tag weismachen, dass es darum gehe, sich auf einem politischen Koordinatensystem möglichst schlau zu positionieren. Politische Inhalte seien zweitrangig. Darum aber geht es genau nicht. Es geht darum, das Koordinatensystem selbst zu verschieben.

Und drittens machen die Autoren aus sozialdemokratischer Politik wieder das, was sie einst stark gemacht hat. Keine Aufgabe einiger Berufspolitiker und Politiktechniker, die sich auf das «politische System» spezialisiert haben. Unsere Politik ist eine Politique totale. Sie hat den Anspruch, unsere Gesellschaft im Innersten zu verändern.

Die Politik tritt aus ihrem engen Rahmen heraus. Sie findet nicht nur in Parlamenten statt, sondern überall dort, wo sich Menschen treffen: In der Beiz, im Sportverein, in der Schule, am Familientisch.

David Gallusser, Lukas Horrer, Lorenz Keller, Jon Pult und Severin Toberer schlagen ein Programm vor, das eine Monsteraufgabe für die Sozialdemokratische Partei und die Bewegung ist. Die Aufgabe für eine ganze Generation. Ich bin voller Hoffnung, dass es gelingen wird – ich bin dabei.

Cédric Wermuth ist Präsident der JUSO und Vizepräsident der SP Schweiz

Zum Weiterlesen

Wieso Konsenspolitik Rechtspopulisten hilft und der Demokratie schadet:
Chantal Mouffe (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion.* Frankfurt am Main: Suhrkamp. Vgl. insbesondere Seite 87–95.

Wie der Neoliberalismus die Deutungshoheit erlangte:
Dieter Plehwe und Bernhard Walpen (1999): «Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweise im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pélerin Society und marktradikaler Think-Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung.» PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 115 (29): 203–235.

Wieso Rechtspopulisten gewählt werden:
Daniel Oesch (2008): «Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland.» *International Political Science Review*, Vol. 29, No. 3, 349–373.

Der Deutungsrahmen der Rechtspopulisten Europas:
Jens Rydgren (2005): «Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family.» *European Journal of Political Research*, 44: 413–437.

Das Projekt der «radikalen Demokratie», an das wir uns anlehnen:
Ernesto Laclau, Chantal Mouffe (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus.* Wien: Passagen Verlag.

Ausführliche Besprechung von «Hegemonie und radikale Demokratie»:
<http://www.spectrezine.org/reviews/laclaumouffe.htm>.

Überblick zu «radikaler Demokratie»:
http://www.prager-fruehling-magazin.de/article/228.fuer_ein_projekt_radikalisiertem_demokratie.html

Politische Identität, Repräsentation und Differenz:
Ernesto Laclau (2002): *Emanzipation und Differenz.* Wien: Turia und Kant.

Deutungsrahmen und politische Methaphern:

George Lakoff (2004): *Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate*. White River Junction, Vermont: Chelsea Gree Publishing.

Welche Klassen wie wählen:

Daniel Oesch und Line Rennwald (2009), « La disparition du vote ouvrier ? Les partis de gauche et le vote de classe en Suisse », in: Scarini, P. and Nicolet, S. (eds.), *Le destin de la gauche. Analyse du vote PS et Verts en Suisse*, pp. 220–258, Genève: Georg.

Wann Arbeiter mit dem Mittelstand stimmen und wann nicht:

Daniel Oesch und Line Rennwald (2009), «Un électorat divisé ? Les préférences politiques des classes sociales et le vote de gauche en Suisse 2007», in: Scarini, P. and Nicolet, S. (eds.), *Le destin de la gauche. Analyse du vote PS et Verts en Suisse*, pp. 259–293, Genève: Georg. Online: <http://www.unige.ch/ses/spo/Membres/Enseignants/Oesch-1/Publications.html>

Politische Basis- und Organisationsarbeit:

Saul Alinsky (1989): *Rules for Radicals. A Pragmatic Primer For Realistic Radicals*. New York: Vintage Books.



Kurt Bläuer · Typografie und Gestaltung · Bern